

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzel-Nr. 6. — M. Durch Austräger 30. — M. pro Woche. Durch die Post 30. — pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Reaktionspreis: 5.—6. Nachm. Produktionsgenossenschaft, d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Volkshochschule Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837

Dienstag, 3. Oktober 1922

Unzertrennbar verbunden mit der 4. Spalten- und 10. Spalten- oder deren Raum 10. — M. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 250 M. Kleine Anzeigen per Wort 150 Mark. — Ret. 100. — Die 4. Spalten- oder deren Raum 10. — M. 10. — M.

ADGB sabotiert — Arbeiterschaft kämpft!

Mehrere Tage hat der Bundesausschuß des ADGB, eine Körperschaft, die vom Bundesvorstand und den Vorsitzenden der 50 Verbände der Freien Gewerkschaften besteht, zusammen gefesselt und gebrütet, was in der jetzigen Situation zu tun sei. Die Zeit drängt, Millionen werden vom Hunger und der Kälte gequält und weitere Millionen sind unmittelbar davon bedroht. Die große Masse der Bevölkerung steht vor dem Winter ohne die Möglichkeit, sich warme Winterkleider, Hausbrandkohlen, Kartoffeln und sonstige Nahrungsmittel zu beschaffen, die Arbeitslosigkeit steigt, der Brotpreis und die Miete werden im Oktober um das Vierfache steigen. Hören wir, was in dieser Situation, wo sofortige Hilfe notwendig ist, und daher nur sofort wirkende und durchschlagende Maßnahmen einen Zweck haben können, der ADGB-Ausschuß, d. h. die offizielle Spitze der Freien Gewerkschaften in Deutschland, in folgender Entschliebung zu sagen hat:

1. Zur wirtschaftlichen Lage.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die vom Bundesvorstand in Gemeinschaft mit den anderen Spitzenorganisationen unternommenen Schritte zur Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers. Er weist erneut die Regierung und die Parlamente des Reiches und der Länder auf die völlige Unhaltbarkeit der Lage hin, in welche die Masse der Bevölkerung durch die ungeheuren Preissteigerungen auf allen Gebieten gekommen ist. Er erwartet (!) von den Regierungen und den politischen Parteien, daß sie mit Ernst und Eile alle erforderlichen Maßnahmen treffen und beauftragt den Bundesvorstand, auch weiterhin als Mahner und Dränger (!) unausgesetzt für die Durchführung der gewerkschaftlichen Vorschläge zu wirken. Hierbei erinnert der Ausschuß insbesondere an seine Entschliebung vom August 1921, die eine Aenderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinwirtschaft forderte. Es ist eine Wirtschaftsorganisation herbeizuführen, die der kapitalistischen Ausbeutung durch Privatmonopole ein Ende macht und den wahren Zweck einer organisierten Wirtschaft, die Deckung des Bedarfs der Gesamtbevölkerung, zur Erfüllung bringt. (Seere Worte, wo ist auch nur die geringste Tat nach dieser Richtung erfolgt? Die Red.)

Der Ausschuß verkennt jedoch nicht, daß die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage des deutschen Volkes in dem außenpolitischen Druck liegt. In Übereinstimmung mit dem Beschluß des englischen Gewerkschaftskongresses, der mit Freude und Genugtuung von den deutschen Gewerkschaften begrüßt wird, fordert deshalb den Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß im Interesse des Wiederaufbaues von Europa die Gewaltpolitik gegen Deutschland endlich aufgegeben und der Weg zu einem wahren Frieden und zur Versöhnung der Völker eingeschlagen werden möge.

So unglaublich das dem Leser erscheinen mag, das Vorstehende ist in der Tat alles, was der ADGB in dieser Stunde über die Teuerung und seine Maßnahmen dagegen der deutschen Arbeiterklasse zu sagen hat. Bedeutend länger ist der zweite Teil der Resolution, der sich unter Punkt

2. Gegen die kommunistischen Gewerkschafts-zerstörer

richtet. Es wird da von dem „kommunistischen“ Reichsbetriebsrätekongreß geschwafelt und gegen die kommunistische Parteipresse die üblichen Vorwürfe erhoben. Die kommunistische Methode hätte nur den Zweck, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaftsleitungen zu erschüttern. Es heißt dann wörtlich: „Deshalb wird den Gewerkschaftsleitungen täglich nicht nur die Fähigkeit, sondern überhaupt der Wille abgestritten, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Aus dieser lügenhaften Darstellung sollen die Arbeiter die Folgerung ziehen, daß an Stelle der Gewerkschaftsleitungen jetzt die Betriebsräte die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in die Hand nehmen müssen.“

Wir haben es an dieser Stelle nicht notwendig, noch einmal, wie schon so oft, den Beweis zu erbringen, daß tatsächlich die Gewerkschaftsleitungen weder ihre Fähigkeit einbüßen, noch überhaupt willens sind, einen ernstlichen Kampf gegen die Teuerung zu führen, denn diese unsere Auffassung wird durch den

Genosse Hoelz wieder zum Hungerstreik gezwungen.

Am Sonnabend brachte der „Vorwärts“ das Zentralorgan der USPD, einen Artikel zu dem Vorschlag Max Hoelz gegen Timosjew auszutauschen. Diesen Artikel hat natürlich auch die Breslauer „Volkswacht“ wie die übrigen stinnesozialistischen Zeitungen abgedruckt nicht veräußert. Wird ja in dem Artikel Max Hoelz „gemeines Verbrechen“ genannt!

Es ist bezeichnend für die sozialdemokratischen Führer, daß sie jetzt, nachdem die Zentrale unserer Partei sie aufgefordert hat bei der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung Schritte zur Verwirklichung des Austausches zu unternehmen, den Vorschlag als einen Vorschlag der Kommunistischen Internationale lächerlich machen. In Wirklichkeit war es aber das Auslandskomitee der Sozialrevolutionäre das diesen Vorschlag zuerst gemacht hat.

Es hat den Anschein, daß man von anderer Seite darauf hinarbeitet, die sozialdemokratischen Führer der schweren Aufgabe zu entledigen. Genosse Hoelz wird im Breslauer Klettschauergefängnis in der Isolierzelle so fein behandelt, daß er bereits am 1. Oktober wieder in den Hungerstreik treten mußte.

In Breslau wird er noch schlimmer als in Münster

behandelt. Alle Zufuhren werden ihm vorenthalten. Ein Brief ist ihm zwar ausgehändigt worden, dagegen wurden alle Beilagen zurückgehalten. Die Doffnung der Fenster wird ihm verweigert.

In erstickender Luft

muß Hoelz Tag und Nacht in seiner Zelle zubringen. Wir müssen wiederholen, daß Hoelz' Schicksal bei der deutschen Arbeiterschaft liegt. Es gilt die USPD zu zwingen, den Austausch gegen Timosjew durchzusetzen. Der Reichspräsident hat die rechtliche Vollmacht dafür. Das deutsche Proletariat darf nicht tatenlos zusehen, wie Hoelz systematisch entnervt und hingemartert wird.

neuesten Beschluß des ADGB, von diesem selbst klar bewiesen. Was sagt der Beschluß: Er weist die Regierung auf die völlige Unhaltbarkeit der Lage hin. Ganz richtig! Aber was will der ADGB dagegen tun? Er „erwartet“ von den Regierungen und den politischen Parteien, daß sie mit „Ernst und Eile“ (!) alle erforderlichen Maßnahmen treffen, dann wird der Bundesvorstand beauftragt, auch weiterhin als Mahner und Dränger (!) zu wirken. Und dann wird vom Ausschuß — es ist der reine Hohn — an seine Entschliebung vom August 1921, wo er die Gemeinwirtschaft gefordert hat, erinnert. Der Hinweis auf die Gewaltpolitik der Entente ist die übliche Ausrede für die Untätigkeit der Regierung und der Gewerkschaften.

Ja, zum Teufel, was soll nun auf Grund dieses Beschlusses der Gewerkschaften getan werden? Selbst der treueste, der Gewerkschaftsbürokratie ganz ergebene SPD-Arbeiter, wird auf diese Frage antworten müssen: „Ich weiß es nicht, jedenfalls wie bisher — nichts.“

Wie soll der Wucher bekämpft werden? Wie soll die jetzt schon hungernde Bevölkerung die neuen Brotpreise, die höheren Mieten aufbringen? Wie soll sie sich die Kohlen für den Winter beschaffen?

Kein Wort sagt der ADGB über diese wichtigen Fragen. Nur das eine kann man aus dem langen Wortschwall der Resolution erkennen: die Gewerkschaften wollen nichts tun. Statt die Macht der acht Millionen gegen den Wucher, gegen das Kapital und Großagrariertum einzusetzen, statt die Betriebsrätebewegung und den von der Arbeiterschaft schon teilweise begonnenen Kampf für die Kontrolle der Produktion und der Lebensmittellieferungen zu unterstützen, sieht der ADGB seine wichtigste Aufgabe in der Bekämpfung der Kommunisten, in der Sabotage der Betriebsrätebewegung.

Umso entschiedener aber ist die Sprache der arbeitenden Massen aus den Betrieben heraus. Sie haben endlich erkannt, daß auf den Instanzenweg kein Verlaß ist und sie treten kämpfend auf den Plan. Sie werden sich im steigenden Maße dessen bewußt, daß die Abwehrfront des Proletariats gegen das wuchernde Großkapital nur geschaffen werden kann durch die Zentralisierung der Betriebsräte, in einem Reichsbetriebsrätekongreß, der die Garantie der Einheitlichkeit dieses schweren Kampfes um die proletarische Existenz bietet.

In Berlin:

Die Belegschaft der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin-Lichtenberg hielt am vergangenen Sonnabend eine Betriebsversammlung ab, in der allgemein der Empörung darüber Ausdruck gegeben wurde, daß die Spitzenorganisationen trotz des steigenden Glends der Arbeiterschaft es für nötig befunden haben, die Maßnahmen des Berliner Fünfhöhnerausschusses der Betriebsräte, und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte zu sabotieren. In diesem Sinne nahm die Belegschaft, Arbeiter aller Parteien, einstimmig eine Entschliebung an, die dem ADGB, der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und dem Verbande der Fabrikarbeiter überandt wurde, mit dem Ersuchen, den in ihr geforderten Wünschen Rechnung zu tragen. Die Entschliebung lautet:

Die am Sonnabend, den 23. September, stattgefundene Betriebsversammlung der „Agfa“, Lichtenberg, stellt fest, daß die Maßnahmen des Fünfhöhnerausschusses der Betriebsräte, welche gegen die Verelendung der Arbeiterschaft getroffen werden sollen unbedingt durchgeführt werden müssen. Sie stellt sich vollinhaltlich hinter die Beschlüsse der Betriebsräte und würde auch mit den äußersten Mitteln die von dieser Korporation gesteckten Ziele verteidigen.

Sie bedauert außerordentlich, daß die Spitzenorganisationen, ADGB und die Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale der entstandenen Bewegung nicht das genügende proletarische Verständnis entgegenbringen, und fordert diese Instanzen auf, durch sofortige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses das Versäumte nachzuholen.

In Rheinland-Westfalen:

Der zur Vorbereitung des Rheinisch-Westfälischen Betriebsrätekongresses geschaffene 13er Ausschuß hatte am vergangenen Dienstag alle proletarischen Parteien und Gewerkschaften zu einer Sitzung eingeladen. Der Vorsitzende mußte mit Bedauern feststellen, daß außer den Vertretern der Bezirksleitungen der KPD keine anderen Parteileitungen Vertreter entsandt hatten. Er hob hervor, daß deshalb die Kräfte der Betriebsräte allein ausreichen müßten, um die schwere Aufgabe zu vollenden. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß seitens der Gewerkschaftsinstanzen mit dem Ausschluß aus der Organisation gedroht würde. Die Arbeiter aber würden sich mit um so größerer Kraft und Energie für die Durchführung der Kongresse einsetzen und keine Macht würde imstande sein, die von ihnen notwendig erachteten Maßnahmen zu durchkreuzen. Je stärker die Bewegung, um so weniger würden die sabotierenden Führer imstande sein, ihr schändliches Vorhaben zur Ausführung zu bringen.

Die Sammlungen in den Betrieben haben bereits Summen von vielen zehntausenden Mark ergeben. In dem Schlußbericht des Dreihöhnerausschusses heißt es: Betriebsräte, Kollegen! Große Aufgaben stehen uns bevor! Wir werden sie lösen, wenn jeder Klassenbewußte Proletarier mithilft. Es wird der Arbeiterklasse dann gelingen, eine einheitliche Kampfesfront gegen die Teuerung zu schaffen und sich vor der völligen Verelendung zu schützen. Der Dreihöhnerausschluß wird weiter wie bisher tun, was im Interesse der proletarischen Klasse gelegen ist.

Wir wenden uns auch kämpfend und siegend!

In Hamburg:

Am 28. September fand hier eine Vollversammlung der Hamburger Betriebsräte statt. Sie war einberufen vom Gruppenrat der Wertien, und, trotz der

Sabotage der SPD. und des „Echo“, von 474 Betriebsräten, darunter 34 BSW. und 59 Parteilosen, besucht. Das Mitglied des Reichsausschusses Gehring referierte über die Notwendigkeit des Reichs-Betriebsrätekongresses. In der Diskussion sprachen Vertreter der Seeleute und Kriegsbeschädigte, und kein Redner gegen die Entschliebung, in der es heißt:

Die am Donnerstag, den 28. September tagende Versammlung der Berliner Betriebsräte Groß-Hamburgs gibt hiermit dem Schritt der Berliner Betriebsräte ihre Zustimmung. Sie billigt die Einberufung des Reichs-Betriebsrätekongresses durch den Reichsausschuss der Betriebsräte und erklärt, alles tun zu wollen, um den Reichs-Betriebsrätekongress zustande kommen zu lassen. Sie billigt zugleich die von den Berliner Betriebsräten aufgestellten Forderungen und wählt zur Durchführung derselben einen Kontrollausschuss von 15 Betriebsräten. Sie fordert vom AOB, von der BSW. und der SPD die Unterstützung dieses Kontrollausschusses und ersucht die obengenannten Organisationen, je 2 Delegierte mit beratender Stimme in den Kontrollausschuss zu entsenden, um mit ihm dafür zu sorgen, daß er in Hamburg behördlich anerkannt wird. Ihm sind außerordentliche Vollmachten zur Durchführung folgender Forderungen zu geben:

1. Herabsetzung der Fahrpreise für Hoch- und Straßenbahn, Alsterdampfschiffahrt und Hafenschiffe, Verhinderung der Erhebung für Gebühren für den Elbtunnel.
2. Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von billigen Lebensmitteln, Feuerungsmaterial und Winterbekleidung für die werktätige Bevölkerung.
3. Beschlagnahme aller großen Wohnungen, Villen und Luxushotels und ihre Ueberweisung an wohnungslose proletarische Familien.
4. Sofortige Schließung aller Luxusgaststätten.
5. Kontrolle der Preisbildung des Groß- und Kleinhandels und der Verteilung aller Waren; strengste Bestrafung von Wucher und Kettenhandel und Verschlebung von Waren des täglichen Bedarfs.
6. Kontrolle aller Staats- und Privatbetriebe, die Lebensmittel und lebenswichtige Gebrauchsgegenstände herstellen, durch die Betriebsräte.
7. Kontrolle der Ein- und Ausfuhr im Hamburger Freihafen.

Die verammelten Betriebsräte sind sich durchaus darüber klar, daß diese Forderungen nur die dringendsten Notwendigkeiten des Augenblicks sind. Sie erwarten von der Arbeiterschaft, Beamten- und Angestelltenchaft Groß-Hamburgs, daß sie im Kampfe gegen Wucher und Steuerung fest zu den Betriebsräten stehen. Wucher und Steuerung können nur bekämpft werden, wenn die schaffende Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte und Beamte ihre geeinte Kraft für die Durchführung dieser Forderungen einsetzen.

Diese Entschliebung wurde einstimmig angenommen und ein Kontrollausschuss von 15 Betriebsräten gewählt.

Der Stinnes-Kurs.

Die Einigkeit der entente-kapitalistischen Behörden und den deutschen Regierungsstellen geht wieder einmal aus der Rede hervor, daß die Betriebsrätedemonstrationen in Duisburg und Mors von der deutschen Polizei und der französischen Besatzungsbehörde verboten worden sind. Die Interessensherrschaft des Kapitals ist international. Die Arbeiterklasse kann und muß daran lernen.

Die Zeitungsnot.

Von allen sozialdemokratischen Blättern erliegen bisher außer dem „Vorwärts“ nur das „Hamburger Echo“ zweimal am Tage. Unter dem Druck der Verhältnisse sieht es sich trotz der „Märkischen“ Bereinigung mit der BSW. gezwungen, das zweimalige Erscheinen einzustellen und sich mit einer einmaligen Ausgabe zu begnügen. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden also mit einer täglich reduzierten Kommunistenbeilage zufrieden nehmen müssen, wenn nicht die Redaktion bei der einmaligen Erscheinungsweise den täglichen Verlust durch noch intensiveren Verleumdungen wettzumachen sucht. Denn das „Hamburger Echo“ hat bekanntlich auf Verbot der antisozialdemokratischen Propaganda.

Messe für Rupertus Rex.

Die „Bayerische Staatszeitung“, das Regierungsorgan der Königl. Republik Bayern, teilt eine Ankündigung mit, daß anlässlich des Kaiserjubiläums des Kaisers ein Kaputt dieser Tage in der Münchener Theaterskirche eine „Heilige Messe“ feiert. Die „Neutralität“ der katholischen Kirche weiß sich bei der Bedürfnissen der bayrischen Katholiken glänzend anzupassen.

Polizei als Schützer der Orgelei.

Von den Stahlhelm-Organisationen wurde in Oldenburg eine Obedienz der Hakenkreuz-Ordensritter veranstaltet. Mit Schwarz-weiß-roten Fahnen, Stahlhelmen, Eisenkränzen usw. versammelte man sich auf dem Festplatz und die Polizei, darauf aufmerksam gemacht, ist so, als sei dieses verbotswidrige Auftreten ganz in der Ordnung. Proletariats gegenüber wäre ihr Ansehen wohl ganz anders ausgefallen.

Der Schiedsspruch im Bergbau abgelehnt.

Nachdem der Zechenverband Essen den Schiedsspruch über eine Lohnerhöhung im Bergbau abgelehnt hat, werden auch die übrigen bergbauähnlichen Vertreter nach Ansicht mehrerer Kreise in gleicher Weise die für sie zu fallende Schiedssprüche ablehnen. Für diese Haltung werden von bergbauähnlicher Seite verschiedene Gründe angeführt. Vor allem wenden sich die Zechenverbände dagegen, daß durch den Schiedsspruch Lohnforderungen für eine noch zu erwartende Senkung bewilligt werden.

Die Zechenverbände hätten diese Ablehnung um so mehr wagen, als sie aus den Ueberdachten mit genügender Kohle eingedeckt sind, und glauben den Kampf mit den Bergarbeitern nicht fürchten zu müssen.

„Die heutige Staatsgewalt ist kapitalistisch.“

Die neueste Nummer des „Korrespondenzblattes“ des AOB. erhebt gegen die Kommunisten die schwersten Vorwürfe, weil es ihnen „lediglich und einzig um die Schürung des Kampfes gegen die Staatsgewalt“ zu tun sei. Das erscheint dem AOB. als Teilhaber an der Regierungskoalition als das größte Verbrechen.

Es ist nun interessant, daß die „Freiheit“, die mit Fanfaren und Trompetenschall in das Lager der Regierungsozialisten eingeschwenkt ist und daher nun auch die deutsche Staatsgewalt gegen kommunistische Angriffe verteidigen muß, sich vor ihrem Ableben noch diesen heutigen Staat als einen kapitalistischen und gegen die Arbeiterschaft gerichteten charakterisiert. Das Blatt schildert die Zustände in Amerika, wie dort 25 Großkapitalisten mit Hilfe der Staatsgewalt, der Justiz und des Militärs die Arbeiterschaft und das ganze Volk terrorisieren und beherrschen. Nach dieser vollkommen richtigen Darstellung schreibt die „Freiheit“:

Das ist der Zustand, dem auch wir uns mit Riesenschritten nähern; und auch hier wird bei den unermesslichen gewohen Wirtschaftskämpfen die Staatsgewalt mehr und mehr auf Seiten der „obersten 25“ stehen.

Sehr richtig! Die „Freiheit“ bestätigt damit unsere Auffassung von der deutschen Staatsgewalt, die aber von dem AOB. so hart verteidigt wird, daß er zu diesem Zweck selbst vor der Zerklüftung der Gewerkschaften nicht zurückschreckt. Der Unterschied zwischen Deutschland und Amerika besteht nur darin, daß dort Angehörige der kapitalistischen Klasse die Regierungsgeschäfte führen und das Militär und die Justiz und die Arbeiterschaft beherrschen, während hier diese Tätigkeit von den sozialdemokratischen „Arbeiterführern“ besorgt wird.

England kriegsbereit.

Die türkischen Divisionen haben die englischen Stellungen bei Tschanal halbkreisförmig eingeschlossen und zu beiden Seiten abgeriegelt. Kemal erklärte dem französischen Oberkommandant, er habe nicht die Absicht, seine Streitkräfte aus der neutralen Zone zurückzuziehen.

Das Gros der englischen Atlantikflotte hat sich mit dem Mittelmeergebiet vereinigt und blockiert die gesamte Küste des östlichen Mittelmeeres. Auch englische Unterseeboote und Luftstreitkräfte sind in Konstantinopel angekommen. Neuerdings wurden tausend Flugzeugführer ausgeschickt.

Dem „Daily Mail“ zufolge sei der englische General Harrington ermächtigt, zu erklären, daß die englischen Streitkräfte im Falle der Nichterfüllung seiner Forderungen auf Räumung der neutralen Zone in Aktion treten. Ferner, daß die Kemalisten durch die Nichtbeantwortung der englischen Note der „vorteilhaften Zugeständnisse“ verlustig gehen. Er werde auf Grund der Entschliebung der englischen Regierung unverzüglich handeln.

Die Antwort der türkischen Nationalversammlung auf die Friedensbedingungen der Alliierten wird der „Times“ zufolge folgende Gegenentschlüsse enthalten: Anerkennung der Kemal-Regierung, türkische Besetzung Thrakiens und Konstantinopels, Einstellung der englischen militärischen Bewegungen, keine Entmilitarisierung des Bosphorus und des Marmarameeres, Zulassung Sowjetrußlands und der anderen Uferstaaten des Schwarzen Meeres zur Konferenz. Die Türkei behalte sich das Recht vor, die Bedingungen an der Konferenz selbst zu diskutieren.

Die offizielle bulgarische Telegraphenagentur meldet die Ansprüche Bulgariens auf einen Zugang zum Meer sowie auf Bildung eines geeinten, autonomen Thrakiens an. Im ganzen Lande haben Versammlungen stattgefunden, die Entschliebung in diesem Sinne faßten.

Die sozialdemokratische Phantasie des „Vorwärts“ hat für die Orientfrage, in der das türkische Volk um seine Existenz kämpft, den richtigen Namen gefunden. „Die Linie der weltgeschichtlichen Entwicklung“ weise an Stelle des bankrotten Weltimperialismus auf einen neu-aufstehenden Nationalimperialismus (!) der Araber und der Türken, sowie aller Minoritäten. Der Freiheitskampf des irischen, türkischen, arabischen, ägyptischen, indischen Volkes gegen den Weltimperialismus ist also nach der sozialdemokratischen Nomenklatur ein Imperialismus.

Tagesordnung des 4. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

1. Bericht der Exekutive und weiterer Teil der R.3. Referent: Sinowjew.
2. Fünf Jahre russische Revolution und Perspektiven der Weltrevolution.

Hauptreferent: Lenin.

Referenten: Sinowjew, Clara Zetkin-Deutschland, Sachin-Frankreich, Roland-Holl-Holland, Bela Kun-Ungarn. Ein Genosse aus Irland (von der Roman-Partei Irlands zu bestimmen).

3. Die Offensive des Kapitals.

Hauptreferent: Radek.

Referenten: Tom Mann-England. Ein deutscher Genosse (von dem R.3. der SPD. zu bestimmen). Ein französischer Genosse (von der neuen Parteizentrale zu bestimmen). Ein amerikanischer Genosse (von der amerikanischen Delegation zu bestimmen). Zapototzy-Neuchâtel. Besondere Referat über Faschismus: Bordiga-Italien.

4. Der Kampf gegen den Versailles Vertrag und die Aufgaben der kommunistischen Parteien.

Referenten: Frossard und Baillan-Contant-Frankreich, Mac Manus und Newbold-England, Smeral-Neuchâtel, Kolaroff-Balkanföderation. Ein amerikanischer Genosse (von der amerikanischen Delegation zu bestimmen).

5. Gewerkschaftsfrage (Kommission in Aussicht genommen).

Referenten: Kosowsky-Rußland, Brandler-Deutschland, Tomasi-Frankreich. Ein amerikanischer Genosse.

6. Agrarfrage (Sektion in Aussicht genommen).

Referenten: Varga-Ungarn, Jean Renault-Frankreich, Sedorowitsch-Rußland, Kostezka-Polen, Martowic-Jugoslawien. Ein italienischer Genosse (von der Zentrale zu bestimmen). Marchlewsky-Polen.

7. Ost- und Kolonialfragen (Sektion in Aussicht genommen).

Referenten: Katayama-Japan, Roy-Indien, van Kavelstein-Holland. Ein Vertreter der englischen Kolonien (von der Sektion zu bestimmen).

8. Erziehungsarbeit (Kommission in Aussicht genommen).

Hauptreferent: Hoernle-Deutschland. Weitere Referenten: Krupskaja-Rußland, Barbusse-Frankreich, Roland-Holl-Holland, Kullinen-Finnland.

9. Lage in der französischen Partei nach dem Pariser Parteitag.

Referenten: Frossard und Souvarine-Frankreich.

10. Programm der R.3. und ihrer einzelnen Parteien (Sektion in Aussicht genommen).

Referenten: Bucharin und Thalheimer.

Büro der Sektion: Sinowjew, Trotski, Radek, Varga, Starsti, Strasser-Oesterreich, Smeral-Schweiz, Smeral-Bulgarien, Bordiga-Italien, Frossard-Frankreich, Schefflo-Norwegen, Katayama-Japan.

11. Die kommunistische Jugend-Internationale (Sektion in Aussicht genommen).

Referenten: Bolsh, Schüller-Deutschland.

12. Bericht des Internationalen Komitees Arbeiterhilfe für Sowjetrußland. Referent: Willy Münzenberg.

13. Bericht der Kooperationssektion (Sektion auf dem Kongress in Aussicht genommen).

Referenten: (von der Kooperationssektion zu bestimmen).

14. Bericht des Frauensekretariats.

Referent: Clara Zetkin.

15. Organisation des Informationsdienstes der R.3. (Kommission in Aussicht genommen).

Referent: Paul Louis-Frankreich.

Kommissionsmitglieder: Radek, Varga, Gramsci-Italien, Meyer-Deutschland, Alpari-Ungarn, Kohn-Ukraine, Preobraschenski und Mintin-Rußland.

16. Sitz der Exekutive und Wahl des Präsidenten der R.3.

17. Organisation der Arbeit der Exekutive (Kommission in Aussicht genommen).

Offener Brief des Allrussischen Bauarbeiterverbandes an die deutschen Bauarbeiter.

Werte Genossen!

Die russischen Bauarbeiter hatten den lebhaftesten Wunsch, auf ihrem Kongress, der am 25. September in Moskau beginnt, Vertreter der deutschen Bauarbeiter zu begrüßen, und haben deswegen den deutschen Bauarbeiterverband eingeladen. Sie wiesen in ihrer Einladung nicht nur auf die internationale Bedeutung guter gegenseitiger Beziehungen hin, sondern auch darauf, daß die deutschen Vertreter durch längeren Aufenthalt in Rußland sich von der Hinfälligkeit vieler über uns gebrachten falschen Mitteilungen überzeugen können.

Die Antwort war eine Abfuhr.

Wir wollen erst auf der nächsten internationalen Konferenz der Bauarbeiter feststellen, ob wir mit der russischen Bauarbeitergewerkschaft, die eine ganz andere Struktur hat als die Gewerkschaften, die sich an die Internationale der Bauarbeiter angeschlossen haben, in engeren Kontakt und freundschaftlichen Verkehr treten sollen. Außerdem sind uns Ihre politischen Beziehungen, das Streben der russischen Regierung, mit den verächtlichsten Mitteln die russischen Sozialdemokraten niederzubringen, ein solcher Orzuel, das wir nicht wünschen, Gäste einer an diesen Bestrebungen teilnehmenden Organisation zu sein.

So schrieb Baeplow, der Vorsitzende des deutschen Bauarbeiterverbandes und zugleich der Bauarbeiter-Internationale, Richtung Amsterdam.

Baeplow will also erst prüfen. Um dies zu tun, will er aber nicht nach Rußland kommen, sondern er lenkt diese „Struktur“ bereits. Ist diese unsere Struktur wirklich so schlecht?

Unsere Gewerkschaft entstand im Sturm und Drang der Revolution. Nach einigen Jahren angepanneter Arbeit haben wir einen starken Verband, der auf dem Grundsatze des demokratischen Zentralismus beruht und alle leitenden Kräfte aus der Masse der Bauarbeiter nimmt. Diese sind organisch mit der Masse verbunden und bilden keine Bürokratie, die um ihr Plätzchen befehligt, die Arbeiterinteressen vertritt. Wir haben einen Bauarbeiterverband, nicht fünf Berufsverbände, wie in Deutschland. Das Herr Baeplow, ist unsere Struktur, und Sie haben kein Wort gesagt, was an dieser Struktur so schlecht ist.

Die politischen Anschuldigungen des Herrn Baeplow aber sind nur ein Ausdruck der Mut, welche alle Baeplovs der Welt gegen die russischen Arbeiter hegen. Baeplow trifft sich in diesem Haß mit den russischen weißen Emigranten, mit den Herren Miljutow, Sawinow usw.

Die russischen Bauarbeiter wählen an alle leitenden Posten immer wieder Kommunisten, obwohl die Sozialdemokraten an ihrer Kandidatur gar nicht gehindert werden; denn die russischen Arbeiter kennen die Sozialdemokraten und die GK zur Genüge.

Aber Herr Baeplow bleibt sich eben treu. Im Kriege war er einer der ersten Sozialpatrioten. Er hat 1916 zum unermesslichen Kampf gegen alle nicht sozialpatriotischen Elemente aufgehetzt. Er denunzierte revolutionäre Bauarbeiter den Behörden und setzte nach dem Kriege mit Hilfe des deutschen Sozialpatrioten die zu Kampf fort. Er lenkt durch papierenen Sozialisierungspläne die Bauarbeiter zum Kampf ab und propagiert die längst widerlegte Idee des Sozialismus durch die Produktionsgenossenschaften, über welche Idee vor

30 Jahren jeder deutsche Sozialdemokrat gelacht hätte. Er wirft seit Jahren organisierte Genossen aus der Gewerkschaft heraus. Er spaltet systematisch den Deutschen Bauarbeiterverband. Nicht besser war seine Rolle auf den internationalen Konferenzen in Innsbruck und Leipzig.

Und nun drei Fragen an die deutschen Bauarbeiter:

Sind Sie damit einverstanden, daß Herr Baeplov mit Ihrem Geld und in Ihrem Namen gegen den russischen Bauarbeiterverband und gegen die Sowjetregierung auftritt?

Sollten Sie die Struktur des russischen Bauarbeiterverbandes oder die geistige Struktur des Herrn Baeplov für richtiger und sozialistischer?

Wie lange werden Sie Leute wie Baeplov, die die Organisation zerstreuen und im Interesse der Bourgeoisie gegen Rußland und die russischen Kollegen arbeiten, noch an Ihrer Spitze dulden?

Für den Allrussischen Bauarbeiterverband:
der Zentralsekretär: Bogdanow.

Schlesische Rundschau. Kommunistische Wahlerfolge in Nieder-Salzbrunn.

In Nieder-Salzbrunn fanden am Sonntag die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Trotzdem die Bürgerlichen alle Mittel anwandten, eine Mehrheit zu erringen, konnten sie ihr gestecktes Ziel nicht erreichen. Die beiden Lager, Bürgertum und Arbeiterchaft, senden eine gleiche Anzahl Vertreter ins Gemeindeparlament. Obwohl für die Arbeiterpartei über 100 Stimmen mehr denn für die Bürgerlichen abgegeben wurden, können die Bürgerlichen dank der herrlichen Wahlgesetze mit einer gleichen Zahl von Vertretern ins Gemeindeparlament einrücken. Da zeigt sich das wahre Gesicht der Demokratie.

Die Kommunisten, die sich das erste Mal selbständig an der Gemeindevahl beteiligten, konnten 293 Stimmen auf ihre Liste vereinigen. Das zeigt, daß die Arbeitermassen trotz aller Kommunistenhege Vertrauen zur KPD gewinnen.

Die Wahlergebnisse sind bei 83% Wahlbeteiligung folgende:

Wahlbezirk	Wahllokal	Wahlberechtigte	Stimmen abgegeben	KPD Liste Wegner	SPD Liste Hübner	Bürgerliste Niepel	Zentrum Liste Herde
I.	Anter	603	503	112	107	231	59
II.	Viehtrug	848	785	89	270	284	92
III.	Helm	779	621	92	301	162	66
Zusammen		2230	1859	293	678	656	211

Es erhalten Mandate:

Kommunisten	2 Vertreter	} zusammen 6
Sozialdemokraten	4 Vertreter	
Bürgerblock	5 Vertreter	
Zentrum	1 Vertreter	

Mit welchem Mut

Vandjäger gegen Frauen und Kinder vorgehen, konnte man am 19. September in Klein-Schanz beobachten. Auf dem Acker des Fabrikbesizers Kelling waren Frauen und Kinder beim Kartoffelstopfeln, als der Brodauer Vandjäger wie ein wildgewordener Stier mit gezogener Säbel auf die Frauen und Kinder losging, und sie vom Acker jagte. Als ich ihn anrief, was er da mache, sagte er: „Ihr wollt es nicht anders, Ihr habt ja die freie Republik. Euch muß es noch schlechter gehen: Ihr müßt alle verhungern.“ Dieser Vorfall spielte sich um 3 Uhr ab. Der Vandjäger stand aber bis 7 Uhr auf dem Acker, bis er auf Befehl des Herrn Kelling seinen Posten aufgab.

Dieser Vandjäger wird erst dann, wenn ihm Herr Kelling einen Fußtritt verleiht und ihn davon jagt, einsehen, daß er jetzt gegen seine eigenen Interessen vorgeht für seinen Feind. Wir als Arbeiter wollen uns aber die Behandlung dieser Schergen nicht gefallen lassen und müssen deshalb auch gegen sie im Kampfe zusammenstehen.

Aus der Partei.

An unsere Ortsgruppen!

Wir berufen hiermit für Sonntag, den 8. Oktober den Bezirksparteitag nach Breslau ein.

Tagesordnung:

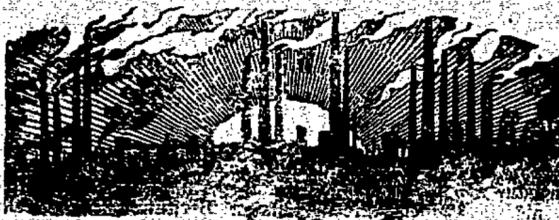
1. Bericht der Bezirksleitung.
2. Das Programm der Partei und Stellungnahme zum Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.
3. Änhere Agitation unter dem weiblichen Proletariat.
4. Erledigung von Anträgen.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Der Parteitag beginnt am Sonntag, dem 8. Oktober, vorm. 9 Uhr, im Saal des Artillergartens, Neue Gasse 25, an der Promenade, in Breslau.

Wir bitten die Ortsgruppen, die Delegierten durch die Mitgliederversammlungen zu wählen. Die Delegationskosten tragen die Ortsgruppen selbst, da dem Bezirk hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen. In finanzschwachen Ortsgruppen und Kreisen wollen die Kreisleiter unter den Mitgliedern eine Sammlung zur Deckung der Unkosten für die Delegierten veranstalten, um auch ihnen den Besuch des Bezirksparteitages zu ermöglichen.

Die Bezirksleitung der KPD, Bezirk Schlesia.

Aus den Betrieben.



Kurzarbeit in den Breslauer Schuhfabriken.

Uns wird gemeldet:

In der Schuhfabrik Dorndorf in Breslau wurde am 24. September die Arbeit auf 35 Stunden herabgesetzt. Es ist ferner angefündigt worden, daß ab 6. Oktober nur 24 Stunden gearbeitet werden kann. Ebenso soll in der Wollschuhfabrik nur noch 41 Stunden gearbeitet werden, und auch kleinere Fabriken haben Kurzarbeit angefündigt. Dem liegt ein unüberwindlicher Beschluß des Schuhfabrikantenverbandes von Schlesia zugrunde.

Kurzarbeit im Schuhgewerbe, das heißt, obwohl Zahlende mit gestiehltem und durchlöcherigem Schuhwerk dem Winter entgegensehen, sollen die Schuhmacher nicht mehr so viel verdienen, daß sie auch nur das notwendigste kaufen können. Nur die Kontrolle der Produktion kann diese Mißstände beseitigen.

Fürstliche Gruben.

Wieder einer

dem Koloch Grubenkapital zum Opfer gefallen.

Am vergangenen Montag, kurz zu Beginn der Nachtschicht, verunglückte der Bergbauer W. Böer aus Altwalfer B., welcher in der 9. Abt. auf einem Bergsberg beschäftigt war, wurde von einem abgehenden Förderwagen erfasst und zu Tode gequetscht. Auch wir verlieren in ihm einen treuen Abonnenten unserer Zeitung.

Gewerkschafts-Bewegung.

Gegen Ueberlichkeiten — für den Reichsbetriebsrätekongreß.

Die Forderungen der Arbeiter der Abwehrgrube (Oberschl.). Eine Belegschaftsversammlung der Abwehrgrube nahm am 23. September 1922 folgende Resolution betreffend Ueberlichkeitenabkommen einstimmig an:

Angesichts der Tatsache, daß die Wirtschaftskrise durch die Profitgier des Kapitalismus immer weiter verschärft wird, und die kapitalistische Klasse keine Neigung zeigt, davon abzulassen, lehnt die Arbeiterchaft es ab, dem Angebot des Kapitalismus nach Ueberleistung und Mehrarbeit stattzugeben. Bei den heutigen Hungerlöhnen, die zur herrschenden Leuerung im höchsten Gegensatz stehen, bedeutet schon die bisherige siebenstündige Schicht eine schwere Schädigung der Gesundheit der Bergarbeiter. Eine weitere Ausbeutung der Arbeitszeit bzw. eine Mehrleistung würde unter der Arbeiterchaft in gesundheitlicher Beziehung verderblich wirken.

Die Belegschaft weist darauf hin, daß die Bergarbeiter Oberschlesiens schon jetzt eine halbe Stunde länger arbeiten als ihre Kameraden in den anderen Kohlengruben und trotzdem um 10 Prozent schlechter bezahlt werden, als die Kameraden in den westlichen Bezirken.

Die Belegschaft lehnt auch die Ueberlichkeiten ab, in der Erkenntnis, daß dieselben eine Durchbrechung des Achtstundentages bedeuten und der Kapitalistoffensive gegen die gesamte Arbeiterchaft Vorschub leisten.

Deshalb erklärt sich die Belegschaft für nachstehende Forderungen:

1. Die Belegschaft erklärt sich für das solidarische Zusammengehen in der Ablehnung der Ueberlichkeiten mit den Arbeitern in Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland und Waldburg.
2. Die Belegschaft erklärt, nicht eher die Ueberlichkeiten oder Ueberleistung anzunehmen, als nicht mit der Sozialisierung des Bergbaues und aller dazu reifen Industrien begonnen wird.
3. Fordern die Belegschaften Oberschlesiens die Spitzen der Arbeiterorganisationen und Arbeiterpartei auf, einen energischen Kampf gegen die herrschende Leuerung und den Hunger aufzunehmen.
4. Die Belegschaft fordert die Kontrolle der Produktion als wie auch die Einmischung sämtlicher Arbeiter in den Produktionsprozeß und die sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel und notwendigen Bedarfsgegenstände.
5. Mit der Bildung von Kontrollausschüssen als Organe für die Durchführung obgenannter Punkte ist sofort zu beginnen.
6. Die Belegschaft fordert Zahlung der 5000 Mark Ausgleichszulage auf die Leuerung im Monat Juli und Anfang August, sowie Zahlung der 135 Mark pro Schicht für die 2. Augusthälfte.
7. Schließt sich die Belegschaft der Forderung der Berliner Betriebsräte nach Einberufung eines Betriebsrätekongresses an, der sich mit den notwendigen Maßnahmen gegen die Leuerung und den Papiergeldbetrag befassen soll.
8. Die Belegschaft fordert Zahlung der Löhning nicht am 21., sondern am 11. eines jeden Monats.
9. Die Betriebsräte und Belegschaften erheben ein scharfes Protest gegen den auf der Konferenz gefassten Beschluß, über das Ueberlichkeitenabkommen.

In der Voraussetzung, daß alle Arbeiterorganisationen sich für die Durchführung obgenannter Punkte einsetzen werden, appelliert die Belegschaft an die Arbeiter Oberschlesiens, ihren Organisationen hilfreich zur Seite zu stehen.

Die inzwischen erfolgte Ablehnung der Lohnerbhöhungen für den Monat Oktober durch die Grubenkapitalisten und die Forderung der Bergwerksleitung nach zehnständiger Arbeitszeit beweist, daß die Belegschaft der Abwehrgrube richtig handelte, als sie die Ueberlichkeiten ablehnte.

Herr Ofteroth dürfte inzwischen wohl eingesehen haben, daß alle seine Kunst umsonst war, und daß sich die ober-schlesischen Bergarbeiter von einem Regierungsangestellten nicht einweisen lassen.

Die Bergarbeitervertreter beim Arbeitsminister.

DL meldet aus Bochum:

Den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände, die über die neue Lohnbewegung im Bergbau am Dienstag mit dem Reichsarbeitsminister in Berlin konferierten, erklärte der Reichsarbeitsminister, er müsse sich nach Rücksprache mit dem

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

In einer Ecke des Hofes befand sich eine Schmiede; hier flammte vom Morgen bis zum Abend das Feuer, Radhölzern wurden zusammengeweißt, Pferde beschlagen, die Hämmer erklangen, und der hochgewachsene, sehnige Schmied Sawe Gratschew sang mit seiner tiefen, grämlichen Stimme endlos lange Lieder. Bisweilen erschien in der Schmiede Sawels Gattin, eine kleine, üppige Frau, dunkelblond, mit blauen Augen. Sie trug stets ein weißes Tuch auf dem Kopfe, und dieser weihumhüllte Kopf nahm sich ganz seltsam aus in dem dunklen Loch der Höhle. Sie ließ fast immer ein silbernes Lachen hören, während Sawels Lachen ihr laut, wie wenn er mit dem Hammer aufschlug, sekundierte. Oester jedoch hörte man ihn brüllen als Antwort auf ihr Lachen. Es hieß, da er seine Frau leidenschaftlich liebte, während sie ein ausschweifendes Leben führte...

In jeder Ritze des Hauses sah ein Mensch, und vom frühen Morgen bis zum späten Abend erzitterte das Haus von Lärm und Geschrei, wie wenn in ihm, gleichwie in einem alten, rostigen Kessel irgendetwas siedete und kochte. An den Abenden trocken alle diese Menschen aus ihren Kissen, auf den Hof hinaus, nach der Bank, die neben dem Handtor stand; der Schuster Perschka spielte auf seiner Harmonika, Sawel summite seine Lieder, und Matija sang, wenn sie betrunken war, irgendetwas ganz Besonderes, sehr Trauriges, mit Worten, die niemand verstand — sang und weinte dazu jedesmal bitterlich.

Irgendwo in einem Winkel des Hofes sammelten sich im Kreise um Großvater Jeremej alle Kinder des Hauses und baten ihn:

„Großvaterchen! Erzähl uns doch eine Geschichte!“

Der alte Krumpenhammer schaute sie mit seinen traurigen Augen an, aus denen beständig über sein runzeliges Gesicht trübe Tränen rannten, und indem er seine knöcheligen alte Hände tief in die Stirn zog, begann er mit zitternder, dünner Stimme in jugendlicher Zone zu erzählen:

„In einem Lande, ich weiß nicht wo, ward, ich weiß nicht wie, ein Freimaurer-Kegeltind von unbekanntem Eltern geboren, die für ihre Sünden von Gott dem Allwissenden mit diesem Sohne bestraft wurden...

Der lange, graue Bart Großvater Jeremejs bewegte sich ätzernd, wenn er seinen schwarzen, zahlosen Mund öffnete.

sein Kopf wackelte hin und her, und über die Ranzeln seiner Wangen rollte eine Träne nach der andern.

„Und gar vermissen nach dieses Kegeltind: glaube nicht an Christus den Herrn, liebte die Mutter Gottes nicht, ging an den Kirchen vorüber, ohne den Hut zu ziehen, wollte Vater und Mutter nicht gehorchen...“

Die Kinder hörten auf die dünne, zitternde Stimme des Alten und schauten ihm schweigend ins Gesicht.

Aufmerksam als alle anderen horchte und schaute der Blonde Wascha, der Sohn des Büffetiers Petruscha. Es war das ein mageres, spindliches Bürschchen, mit einem großen Kopfe auf dem dünnen Halse. Wenn er lief, schwannte sein Kopf immer von einer Seite nach der anderen, wie, wenn er sich vom Kumpfe losreißen wollte. Seine Augen waren gleichfalls groß und seltsam unruhig. Sie schweiften immer ängstlich über alle Gegenstände, wie wenn sie sich fürchteten, an irgend-etwas haften zu bleiben, und wenn sie endlich auf irgend etwas ruhten, traten sie seltsam rollend aus den Höhlen und gaben den Jüngen des Knaben einen schafsnächtigen Ausdruck. Er fiel sogleich durch sein zartes, bläuliches Gesicht und seine knubere solide Kleidung auf. Ija befreundete sich sehr schnell mit ihm, und gleich am ersten Tage ihrer Bekanntschaft fragte Wascha seinen neuen Kameraden mit geheimnisvoller Miene:

„Gib's bei euch im Dorfe viele Zauberer?“

„Gewiß gibt's welche“, antwortete ihm Ija. „Und auch Hexen gibt's... Unser Nachbar konnte zaubern.“

„War er rotharig?“ erkundigte sich Wascha im Flüstertone.

„Kein, grau... Sie haben alle graue Haare.“

„Die Frauen sind nicht schlimm, die sind gutherzig... Aber die mit roten Haaren — ach, ich sag dir... Die trinken Blut...“

Sie saßen im hübschesten, gemütlichsten Winkel des Hofes, hinter dem Schutthaufen, unter der Linde und den Holunderbüschen. Man gelangte dahin durch eine schmale Spalte zwischen dem Schuppen und dem Hause; hier war es immer still, und außer dem Himmel über dem Kopfe und der Wand des Hauses mit den drei Fenstern, von denen zwei vermauert waren, konnte man aus diesem Winkel nichts sehen. Er wurde das Spielplatzchen der beiden Freunde. Auf den Zweigen der Linde hüpfen zwischend die Spagen hin und her, und auf der Erde, am Fuße des Stammes, saßen die Knaben und plauderten über alles, was sie interessierte.

Ganze Tage lang wälzte sich gleichsam vor Ijas Augen Lärm und Schreien irgendein großes, buntes Gewand, das ihn blendete und betäubte. Anfangs ward er ganz verwirrt in dem wüsten Durcheinander dieses Lebens. In der Schenke neben dem Tisch, auf dem Onkel Serentij, Schweiftriefend und

nach vom Aufwaschwasser, das Geschirr spülte, stand Ija oftmals und sah zu, wie die Leute kamen, tranken, aßen, schrien, lachten, sich kühten und prügelten. Sie waren von Schweiß bedeckt, müde, schmutzig; Wolken von Zabaßqualm umwogelten sie, und in diesem Qualm tummelten sie sich wie Halbverrückte.

„Hi, hi!“ sagte der Onkel zu ihm, indem er seinen Buckel schürzte und beständig mit den Gläsern klapperte. „Was suchst du denn hier? Mach, daß du auf den Hof kommst! Sonst ficht dich der Wirt und schimpft!“

Bestäubt von dem Schententarm, begab sich Ija auf den Hof. Hier klopfte Sawel laut mit dem Hammer auf den Amboss und zankte mit seinen Gesellen. Aus dem Keller drang das muntere Lied des Schusters Perschka ins Freie, und von oben vernahm man das Schelten und Schreien der betrunkenen Weiber. Sawels Sohn Wascha, der „Zant-teschel“ genannt, riet auf einem Stocke im Hofe herum und schrie mit zögeriger Stimme seinem Kasse zu:

„Vorwärts, du Rader!“

Sein rundes, tades Gesicht war ganz voll Schmutz und Ruh; auf der Stirn hatte er eine Beule; durch die unzähligen Löcher seines Hemdes schimmerte sein gesunder, kräftiger Körper. Wascha war der erste Kaufbold und Kraleeder auf dem Hofe; er hatte Ija schon zweimal recht tüchtig durchgeprügelt, und als sich Ija weinend darüber beim Onkel beklagte, zuckte dieser nur mit den Achseln und meinte:

„Was läßt sich da schon tun? Mußt es ertragen... 's wird wieder vergehen.“

„Ich will ihn aber nächsten verhaufen, daß er genug hat!“ drohte Ija unter Tränen.

„Su's ja nicht!“ warnte der Onkel ihn streng. „Das darfst du auf keinen Fall!“

„Er darf's also tun — und ich nicht?“

„Er!... Er ist ein Hiesiger, fichtst du... und du bist fremd hier am Ort...“

Ija fuhr fort, gegen Wascha heftige Drohungen auszu- stoßen, aber der Onkel wurde plötzlich zornig und schrie auf Ija los, das bei ihm nur sehr selten vorkam. Da hämmerte in Ija das Bewußtsein, daß er sich den „hiesigen“ Kindern nicht gleichstellen durfte, und während er fortan sein selb- ständiges Gesicht gegen Wascha verheimlichte, schloß er sich noch mehr an Wascha an.

Wascha führte sich stets sehr anständig auf: er prügelte sich nie mit andern Kindern und schrie sogar nur selten. Auch an den Spielen der andern nahm er fast gar nicht teil, doch liebte er es, fiels davon zu reden, was für Spiele die Kinder in den Höfen der reichen Leute und im Stadtpark spielten.

(Fortsetzung folgt.)

Reichswirtschaftsrat und mit dem Reichsfinanzminister auch erst nach den Arbeitgebern in Verbindung setzen, können also vorläufig nichts vorbereiten. Da die Zeit äußerst knapp ist - die neue Lohnregelung soll am 1. Oktober in Kraft treten - wolle er aber noch im Laufe dieser Woche den Bergarbeiterverbänden Nachricht geben.

Aus der Versammlungstätigkeit.

Landeshut.
Am Mittwoch, dem 20. September, hatte die SPD. eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der sie sich einen Rektor Simon aus Grünberg bestellt hatte. Simon, ein typischer Vertreter dieser Gesellschaft, redete von allem anderen, nur nicht von der Not der Zeit und nicht über Mittel und Wege, dem Elend der Arbeiter abzuhelfen. Seine persönlichen geringen Erfolge für die Beamten verstand er ganz gut auszubauschen und dabei gleichzeitig die „unparlamentarischen“ Taten der kommunistischen Abgeordneten, die angeblich deutsch-nationale Abgeordnete mit Papierfingern bewarfen, ins richtige Licht zu setzen. Sachlich konnte er jedenfalls gegen die SPD. nicht anknüpfen.
Von einem zufällig anwesenden auswärtigen Genossen wurde die Schulfrage über den Weltkrieg, die der Referent den unfähigen Diplomaten Wilhelms II. und der Rüstungsindustrie in die Schuhe schob, dahingehend ergänzt, daß dem Referenten, der die Geschichte der SPD. nicht kennt oder kenne wollte, die Tätigkeit der Parteileitung vom Kriegsausbruch an vor Augen geführt wurde. Es war dem Herrn sichtlich unangenehm, die Taten der „kaiserlich-deutschen Sozialdemokratie“ vor das Forum der Öffentlichkeit gesetzt zu sehen. Als einzige Rettung versuchte der Herr Rektor Simon wiederholt den Stimmzettel zu empfehlen, mußte aber zugeben, daß man ohne Unterstützung der Masse dem Bürger gegenüber machtlos sei.
Seine Angriffe gegen die SPD. wegen der Beurteilung S.R.-Mörder usw. hatte er sich in sehr demagogischer Weise für das Schlusswort aufgehoben, um eine Kritik abzuwürgen. Sogar zur persönlichen Äußerung wurde unserem Genossen am Schluß das Wort verweigert und die Versammlung schnell geschlossen. Typisch sozialdemokratisch!

Aus der Arbeiter-Sportbewegung.

Schwerathletik.
Auch Beschluß der letzten Kreisvorstandssitzung sowie Bezirksleitung sollen Kampfrichterprüfungen stattfinden. Am Mittwoch, den 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Schöda, Gellhornstraße, Veranlassungslort des Ring- und Stemmklub Jyllop, die erweiterte Vorstandssitzung statt. Hierzu hat jeder Bezirksverein zwei Sportgenossen zu delegieren, die als Kampfrichter an dem Kurstag unbedingt teilnehmen müssen. Sportgenosse Rippe muß auch anwesend sein. Unter anderem wird auch das Programm für das demnächst stattfindende Bezirksfest mit Wettkämpfen festgesetzt. Donnerstag, den 5. Oktober, abends 7 Uhr, findet die erste Übungsstunde von der zweiten Abteilung der Arbeiter-Athletenvereine in der Stegitzer Turnhalle statt.

Breslau. Totales.

Die kädtischen Volksbibliotheken.
find durch die in diesem Halbjahr durchschnittlich um das Fünffache gestiegenen Preise für Bücher jeder Art und durch die ebenso ungeheuerlich wachsenden Kosten für die Buchführung gezwungen, von Oktober ab ihre Leihgebühren wesentlich zu erhöhen. Für das Kalenderjahr sind jetzt von dem Hauptleiter 10 Mk., von den Angehörigen und von Schülern 6 Mk. zu entnehmen; für den Monat 4 Mk. Der alte Leserkreis wird ohne weiteres einsehen, daß im Vergleich mit dem, was ihm die großen Bestände unserer Volksbibliotheken an Lesestoff aus der guten Unterhaltungsliteratur und aus allen Wissensgebieten an geistiger Erhaltung und zur Fortbildung bieten, diese Gebühren unangemessen sind und für keinen Haushalt nicht ins Gewicht fallen können, wenn er dadurch zur Erhaltung von ihm lieb und unentbehrlich gewordenen Einrichtungen beiträgt. Denn die Stadterhaltung ist bei dem großen und wachsenden Umfang ihrer Aufgaben und Ausgaben in dieser wirtschaftlich schweren Zeit nicht in der Lage, die Anschaffungskosten für die Beschaffung und Erhaltung unserer Bibliotheken, einschließlich den ungeheuren, sprunghaften Preissteigerungen, zu erhöhen. Hier müßten die Angehörigen der Bibliothek selbst für sie eintreten und den Bau stiften, nicht nur durch die vorerwähnten Beiträge, sondern auch dadurch, daß sie nach ihrem Vermögen die Bücher, in denen sie lesen, Geld spenden zum Ankauf von Büchern, oder aus ihrem Besitz gut erhaltene, noch wertvolle und geeignete Bücher zuwenden und aus ihren Kreisen neue Leser heranzuführen.
Die kädtischen Bibliotheken werden ebenso wie die Lesesäle für einen großen Teil der Bevölkerung unter der Bedingung der erforderlichen Lebenshaltung über ihren bisherigen gewöhnlichen Charakter hinaus in der gegenwärtigen Zeit wirklich lebensnotwendige Einrichtungen. Sie werden jetzt auf einen starken Zugang von Lesern zu rechnen haben aus Schichten des Mittelstandes, die früher noch Bücherliebhaber waren und sich aus den Selbstbibliotheken versorgen konnten, denen nun aber dieser Weg zu geistiger Nahrung versperrt oder wesentlich eingeschränkt ist. Ganz besonders sei hier hingewiesen auf die Versorgung der jugendlichen Leser mit dem ihrer Aus- und Fortbildung dienenden Schrifttum.

Die sehr die Erhaltung solcher Bibliotheken und Lesesäle zu den unerwünschten und dringlichen Pflichten einer Stadtgemeinde gehört, dafür ist gegenwärtig nichts bezweifelnder als die Tatsache, daß alle die Großstädte und bedeutenderen Gemeinden, in denen solche Anlagen bisher noch erhalten unterhalten wurden, wie in Frankfurt a. M., Bremen, Hamburg, Lübeck, Nürnberg, Jülich u. a. zu ihrer Verhaltung übergegangen oder damit beschloffen sind.
Die 8 kädtischen Volksbibliotheken befinden sich Friedrichstraße 38, Friedrich-Wilhelmstraße 101, Klosterstraße 33, Kreuzstraße 21, Matthiasplatz 13, Königsplatz 7, Zofienstraße Nr. 29, Gadowe-Straße Bohrenstraße (hinter dem Hauptbahnhof).

Gerade eine Zeit der kädtischen Volksbibliothek. Es teilen sich die Meinung, daß die Stadt angesichts dieser wirtschaftlich schweren Zeit nicht in der Lage ist, für die Volksbibliothek zu sorgen. Die Stadt gibt noch immer große

Summen Geldes unnütz aus und vor allem: zieht nicht genügend von da ein, wo es vorhanden ist. Es wäre Aufgabe der sozialdemokratischen Stadtverordneten, dafür zu sorgen, daß die Volksbibliotheken von der Stadt erhalten und noch mehr ausgebaut würden. Diese Stadtverordneten sind aber ebenso wie die Bürgerlichen selbst Vertreter und Verteidiger der demokratisch-kapitalistischen Republik, in der für die Arbeiter, Angestellten und Beamten nichts, für die Kapitalisten aber alles getan wird. - Und auch in Breslau wird erst dann dem Interesse der arbeitenden Bevölkerung Rechnung getragen werden, wenn an Stelle der Bürgerlichen und ihrer sozialdemokratischen Freunde wirkliche Arbeitervertreter Einfluß im Stadthaus haben.

Partei-Gewerkschafts-Funktionäre!

Die Partei wächst und mit ihr die Pflichten eines jeden Funktionärs. Somit tritt an uns die Aufgabe, die Organisationsform der Partei zu festigen, zu vervollkommen. Um unseren Aufgaben auf jedem Gebiete gerecht zu werden, fordern wir untenbenannte Funktionäre auf

Donnerstag, 5. Oktober, abds. 7 Uhr

Gesellschaftshaus „Bratislava“, Mauritiusplatz

zu erscheinen.
Es erscheinen: Alle Distriktsführer, Kassierer, alle Vorsitzenden und Schriftführer der Gewerkschaftsfaktionen wie: Eisenbahner, Staats- und Gemeindearbeiter, Metall-, Bauarbeiter usw. Sämtliche Vorstände der Betriebsfraktionen, der Vorstand der Betriebsratfraktion, die Leiter aller übrigen Ressorts.
Pflicht jedes Funktionärs ist unbedingtes Erscheinen.
Der Vorstand der Ortsgruppe Breslau der RPD.

Speziell, das Verständigungsmittel des internationalen Proletariats. Mit dem Wiederbeleben der internationalen Beziehungen, die während des Völkerschlagens so gut wie ganz aufgehört hatten, macht sich jetzt um so stärker das Bedürfnis nach einem internationalen Verständigungsmittel bemerkbar. Besonders das Weltproletariat fühlt, daß die Notwendigkeit einer sprachlichen Annäherung an seine Arbeitsträger jenseits der Grenzen unbedingt notwendig sind, um Ereignisse, wie sie uns die Jahre 1914-18 gebracht haben, für immer unmöglich zu machen. Die Rolle eines internationalen Verständigungsmittels hat längst das Esperanto übernommen. Um das Breslauer Proletariat mit dieser Sprache bekanntzumachen, eröffnet die hiesige Arbeiter-Operantengruppe am 4. und 6. Oktober, abends 7 Uhr, in der Minoritenchule neue Anfängerkurse, auf die wir besonders hinweisen. Näheres siehe heutiges Inserat.

Unbekannte männliche Wasserleiche. Am 27. d. Mts., vormittags, wurde aus der Ohle hinter der Haase-Brauerei die noch ganz frische Leiche eines unbekanntes, etwa 35 Jahre alten, mittelgroßen Mannes mit kurzen, blonden Haar, blondem, kurzgeschneittenen Schnurbart, dunklem Sommeranzug, weißem Hemd, grauen Strickunterhosen, grauen Strümpfen, schwarzen Lederhandschuhen gelandet. Meldungen zur Ermittlung erbeten nach Zimmer 6, Schuhstraße 46.

Die Vorbereitung von Flugpostmarken ist, einer postalischen Bestimmung zufolge, nur zur Freimachung von Flugpostsendungen, nicht aber für gewöhnliche Sendungen gestattet.

Landeshut.
Sämtliche Landeshuter Uhren, mit Ausnahme der Bahnhofsuhr, gehen 10 Minuten vor, und gewinnen täglich eine Minute an Zeit. Die Spanne zwischen der Landeshuter und der Eisenbahnuhr wird also immer größer. Will man etwa mit der Zeit der Zeitung voranzusehen? Das Holz wächst bekanntlich umsonst. Wenn sich aber jemand in einen Gang setzen will, so muß er erst 6000 Mark aufreiben. Ein Kubikmeter Kuchholz kostete 1914 45-50 Mk., heute aber 25-30000 Mk., also 600 mal soviel, und die Löhne?

Sparzeit! In einer hiesigen Gewerkschaft, die früher bei gewerblicher Tätigkeit einige Finger eingeknickt hatte, kam Sonntag, den 2. Oktober, ein Depeschenradler, um einen Remonteur zu überbringen. Die Frau machte sich auf eine erhebliche Erhöhung des heute geradezu lächerlichen Monatsbetrages von 5,90 Mk. gefaßt. Die Erhöhung, von deren Mitteilung auch einem gewöhnlich nicht einkaufenden Familienangehörigen ein Depeschenbote beauftragt wurde, betrug 10 Pfg. monatlich. Wirklich, sehr „sparkam“!

Oppein.
Eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag, den 5. Oktober, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des kädtischen Gymnasiums statt. Die Tagesordnung weist 16 Punkte auf.

Die Werbevorstellung für die „Freie Volksschule“ findet am Sonnabend, den 7. Oktober, mit der Aufführung von „Judith“ von Heibel statt. Der Arbeiterkampf wird dringend empfohlen; diese Aufführung, der ein kleiner, aufklärerischer Vortrag über die „Freie Volksschule“ vorangeht, zu besuchen, da die hiesigen Christen einen eigenen Bühnenverein zu gründen beabsichtigen.

Peßternitz, Kr. Ohlau.
„Die hohen Löhne!“ Daß vielen Leuten, sogar solchen die selbst Lohn- beziehungsweise Gehaltsempfänger sind, es die heutigen „hohen“ Löhne, besonders die der Bauhandwerker, angehen haben, beweist wieder mal ein Gespräch in einem der hiesigen Schanklokale. Neuberger da ein etwas sehr runderlicher Beamter, die Maurer bekommen heut: 84 Mk. die Stunde, ist das nicht der reine Hohn? Ueberhaupt müßte nicht nach der Stunde, sondern nach der Leistung bezahlt werden. Wir haben noch nicht danach gefragt, ob dieser Herr auch nach seiner Leistung bezahlt wird. Daß der Bauhandwerker aber seine 8 stündige Arbeitszeit voll ausnützt, dafür sorgt ja heut das Betriebsratsgesetz, dessen Paragraph über Arbeitsleistung die Herren Unternehmer auch auszunutzen verstehen. Erwähnt sei hierbei noch, daß wir diesen „hohen“ Lohn, der ja nach der Indexziffer uns vom Bezirks-Lohnamt zugesprochen wurde, noch gar nicht mal haben, vielleicht noch erklämpfen müssen. Auch darf der Arbeiter nicht danach fragen, ob es sehr windig ist oder regnet, wenn er zur Arbeitsstelle geht oder gar Rad fährt. Dieser stabile Herr äußerte aber, nachdem er 7 1/2 Kilometer per Rad gemacht hatte, er wäre halb rot und das nächstemal müßte er unbedingt per Wagen fahren. Nun, wir fahren aber zweimal am Tage und noch längere Touren, manchmal schwer mit Handwerkszeug beladen und alle Tage und abends zu Haus, geht's keinem so gut, daß er sich gleich lang legen kann. Nebenbei gesagt, habe ich auch einen Bauhandwerker oder überhaupt körperlich Arbeitenden in einem solchen Umfange nicht gesehen. Vielleicht machen wir Bauhandwerker, noch später, wenn wir eingewintert sind, mit diesem Herrn Beamten nähere Bekanntschaft, da es uns kaum möglich ist, die heutigen Brennholzpreise mit 1000 Mk. für den Raummeter zu bezahlen und das Holz, welches für Kinderbetten bereitgestellt wird, bekanntlich nicht für Arbeiter ist. Ein Bauhandwerker.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung. Büro und Kasse: Breslau, Nikolaitr. 49/50. Fernsprecher Ring 8837. Adresse: Alfred Oelker, Breslau 1, Nikolaitr. 49/50. Postfachkonto Breslau 58864, Alfred Oelker.
Bezirksleitungssitzung. Donnerstag, den 5. Oktober 1922, mittags 1 Uhr, im Parteilokal. Sehr wichtige Sitzung. Jedes Bezirksleitungsmitglied muß unbedingt erscheinen.
Bezirksparteitag. Sonntag, den 8. Oktober 1922 vormittags 9 Uhr, im Artilleriepark, Neue Gasse.
Produktiv-Genossenschaft. Mittwoch, den 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Parteibüro, Verwaltungssitzung.

Unterbezirk Breslau.

Büro: Breslau, Nikolaitr. 49/50. Josef König.
Sämtliche Distriktskassierer haben die Sammellisten für den Bezirksparteitag abzuliefern.
R. 3. Breslau. Parteigenossen und -genossinnen! Dienstag, den 3. Oktober, nachmittags 5 Uhr, trifft sich die kommunistische Kindergruppe im „Minoritenhof“ zu einem proletarischen Märchennachmittag. Klassenbewußte Eltern, wir fordern euch auf, eure Kinder zu dieser Veranstaltung zu schicken.
Heim Lenin. Dienstag, den 3. Oktober, pünktlich 7 Uhr. Heimmitgliederversammlung. Der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Genossen(in) zu erscheinen.
Heim Liebknecht. Dienstag, den 3. Oktober, abds. 7 Uhr. Heimabend. - Von da ab findet der Heimabend immer Mittwoch statt. Anfang 7 Uhr. Sympathisierende Gäste herzlich willkommen.
Heim Lugenburg. Mittwoch, den 4. Oktober, abds. 7 Uhr wird eine Arbeitsgemeinschaft: „Ueber Alkohol und Nikotin“ gehalten. Zu diesem Heimabend haben sämtliche Genossen(in) pünktlich zu erscheinen. Sympathisierende Jugendliche sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.
R. 3. Funktionäre. Sämtliche Funktionäre der einzelnen Heime haben am Freitag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, im „Minoritenhof“ zu erscheinen.
R. 3. der Ortsgruppe Breslau. Mittwoch, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung im Parteibüro. Alle Genossinnen sind verpflichtet, pünktl. zu erscheinen. Am Dienstag, den 3. Oktober, um 7 Uhr abends, findet im Breslauer Parteibüro eine Vorbesprechung aller Genossen und Genossinnen statt, die an einem kommunistischen Bildungszirkel teilnehmen wollen. Der Zirkel ist so gedacht, daß die Teilnehmer alle sie interessierenden Fragen der kommunistischen Weltanschauung, Politik, Parteitaktik usw. in gemeinschaftlicher Diskussion, Lektüre, Vorträgen durcharbeiten. Alle Interessierenden werden eingeladen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Orst; Inserate: Max J. Fischer. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. o. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus. Täglich 7 1/2 Uhr. Das grosse Oktober-Programm Die beiden Kaffiggellen. Gesamt nach 7 1/2 Uhr. Die Sängerknaben.	Liebig-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr. Das grosse Oktober-Programm Die beiden Kaffiggellen. Gesamt nach 7 1/2 Uhr. Die Sängerknaben.	Zeltgarten Täglich 8 Uhr. Das grosse Oktober-Programm Die beiden Kaffiggellen. Gesamt nach 7 1/2 Uhr. Die Sängerknaben.	12 Sport-Versey Täglich 8 Uhr. Das grosse Oktober-Programm Die beiden Kaffiggellen. Gesamt nach 7 1/2 Uhr. Die Sängerknaben.	Altmetall Kupfer per kg = 200 Mk. Messing „ = 120 „ Blei-Zink „ = 70 „ Eisen u. altes Werkzeug zu kauf. ges. M. Bartsch / Oderstraße 17. Achtung auf Haus-Nummer.
--	--	---	--	--

Circus Busch
Täglich 7 1/2 Uhr.
Das grosse Oktober-Programm
Die beiden Kaffiggellen.
Gesamt nach 7 1/2 Uhr.
Die Sängerknaben.

Dem internationalen Proletariat - die internationale Sprache Esperanto
Am Mittwoch, den 4. und Freitag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr beginnen in der „Minoritenchule“ neue Anfängerkurse nach einer leichtfaßlich Methode.
Kursgebühr mit Liebig 150.-, für Jugendliche 110.-.
Die Teilnahme an diesen Kursen wird jedem dringend empfohlen.
Arbeiter-Esperanto-Gruppe Breslau